

## Tschechien: Vom Vorbild zum Krisenland

*Rasche Stabilisierungserfolge und eine schnelle Privatisierung ließen die Tschechische Republik bis Mitte der neunziger Jahre als Vorreiter unter den Transformationsländern erscheinen. Die Währungskrise von 1997 offenbarte jedoch gravierende Mängel der Reformpolitik. Als Folge befindet sich die Tschechische Republik seitdem in einer anhaltenden Rezession. Die wesentlichen Ursachen für die wirtschaftliche Entwicklung liegen in verschleppten Strukturreformen im Finanzbereich und auch auf Unternehmensebene. Dadurch wurden die Wachstumsdynamik und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig geschwächt. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die kräftige reale Aufwertung der tschechischen Krone.*

*Nachdem eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik den Verlauf der Rezession zuerst verstärkten, ist die Wirtschaftspolitik seit Mitte letzten Jahres eher expansiv ausgerichtet. Eine rasche Erholung ist aber, nicht zuletzt aufgrund des schwachen weltwirtschaftlichen Umfeldes, 1999 nicht zu erwarten. Insgesamt ist eine Rückkehr zu höheren Wachstumsraten erst dann wahrscheinlich, wenn die bereits teilweise in Angriff genommenen Reformen konsequent umgesetzt worden sind und sie ihre Wirkung entfalten können. Wesentlich sind Verbesserungen im Bereich der Konkursgesetzgebung sowie die Privatisierung der noch staatlich kontrollierten Banken. Vor dem Hintergrund der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Wirtschaft würde ein früher EU-Beitritt mit sehr hohen Anpassungslasten verbunden sein. Deshalb scheint in dieser Frage eine geduldige Haltung empfehlenswert.*

### **Enttäuschende Entwicklung nach anfänglichen Erfolgen**

Die wirtschaftliche Transformation verlief in der Tschechischen Republik bisher sehr ungleichmäßig. Lange Zeit galt das Land als Spitzenreiter bei der Umsetzung von Reformschritten unter den Transformationsländern. Dies schlug sich nicht zuletzt darin nieder, daß Tschechien als Kandidat für einen frühen Beitritt zur Europäischen Union gilt. Seit geraumer Zeit befindet sich die Tschechische Republik jedoch in einer tiefen Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte 1998 um 2,7 vH. Für 1999 ist ein weiterer Rückgang um 1 vH zu erwarten. Die Arbeitslosenquote stieg zum ersten Mal auf Werte, wie sie z. B. in Polen und Ungarn schon zu Beginn der Transformation er-

reicht wurden und verzeichnete Ende Februar mit 8,3 vH ihren vorläufigen Höhepunkt. Obwohl die abgeschwächte westeuropäische Konjunktur sowie die Rußland- und Asienkrisen die weitere wirtschaftliche Entwicklung belasten, ist diese Krise doch das Resultat einer verfehlten inländischen Politik und die Folge unterlassener oder nur halbherzig durchgeführter Reformen.

Dieses Urteil mutet vor dem Hintergrund der frühen Reformfolge paradox an. Wie kein anderes Land der Region schien Tschechien in der Lage, politischen Wandel, wirtschaftliche Stabilisierung und die Durchführung marktwirtschaftlicher Reformen miteinander in Einklang bringen zu können. Zwei Jahre nach Beginn der Reformanstrengungen überwand die Tschechische Republik die Stabilisierungsrezession und erzielte 1993 wieder positive Wachstumsraten. Anders als in Polen oder Ungarn war die folgende makroökonomische Entwicklung durch einen schnellen Disinflationsprozeß, eine niedrige Arbeitslosigkeit sowie einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt gekennzeichnet.

Die Tschechische Republik konnte zudem sehr zügig – bis Ende 1996 knapp 90 vH – ihre Staatsbetriebe privatisieren. Dies erfolgte weitgehend durch den Verkauf von Gutscheinen an die Bevölkerung zu äußerst geringen Preisen. Diese Gutscheine konnten dann zum Erwerb von Unternehmensanteilen eingesetzt werden (sog. Voucherprivatisierung). Zudem konnte durch die Anwendung dieser Methode das Problem der nicht ausreichenden Ersparnisse auf Seiten der einheimischen Bevölkerung umgangen und eine breite Beteiligung der Bürger erreicht werden.<sup>1</sup>

Spätestens der Ausbruch der Währungskrise im Mai 1997 machte jedoch offenkundig, daß die bis dahin durchgeführte Reformpolitik auch erhebliche Versäumnisse aufwies. Fehlentwicklungen ergaben sich als Folge struktureller Schwächen der Privatisierungsstrategie, mangelnder Anreize zur Restrukturierung auf Seiten der Betriebe sowie eines ineffizienten Bankensektors. Hohe Reallohnzuwächse und die reale Aufwertung der Krone begünstigten zudem die Entstehung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte.

---

<sup>1</sup> Vgl. BRÜGGEMANN, A.: Privatisierung und Restrukturierung in Mittel- und Osteuropa. Gordon und Breach Verlag Fakultas, 1999, S. 8 ff.

Tabelle 1:

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechischen Republik 1993 bis 1999

	1993	1994	1995	1996	1997	1998 <sup>a</sup>	1999 <sup>b</sup>
Bevölkerung 1.000 Personen	10.331	10334	10.331	10.315	10.304	10.295	
Erwerbstätige, 1.000 Personen	4.848	4.885	5.011	5.044	4.993	4.853	
Arbeitslosenquote, in vH <sup>c</sup>	3,5	3,2	2,9	3,5	5,2	7,5	9,5
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar auf Kaufkraftparitätenbasis	9.300	9.800	10.500	11.200	11.600	11.500	11.600
Bruttoinlandsprodukt, in vH des EU-Durchschnitts	59	60	62	64	64	63	62
Bruttoinlandsprodukt <sup>c</sup> , in vH gegenüber dem Vorjahr	0,6	3,2	6,4	3,9	1,0	-2,7	-1,0
Privater Verbrauch <sup>c</sup> , in vH gegenüber dem Vorjahr	2,9	5,3	6,4	7,0	1,6	-2,4	-1
Bruttoanlageinvestitionen <sup>c</sup> , in vH gegenüber dem Vorjahr	7,1	16,3	30,3	11,0	-3,7	-3,6	0
Staatsverbrauch <sup>c</sup> , in vH gegenüber dem Vorjahr	-0,1	-2,3	-2,1	4,1	-2,1	0,6	3,0
Saldo des Staatshaushalts, in vH des Bruttoinlandsproduktes	0,1	1,0	0,6	-0,1	-1,0	-1,8	-2,5
Exporte							
Mio. US-Dollar <sup>d</sup>	14.463	16.206	21.646	21.905	22.785	26.554	28.200
in vH gegenüber dem Vorjahr	20,8	12,1	33,6	1,2	4,0	16,5	6,0
Importe							
Mio. US-Dollar <sup>d</sup>	14.617	17.427	25.252	27.715	27.176	29.037	30.500
in vH gegenüber dem Vorjahr	40,0	19,2	44,9	15,1	6,7	8,4	5,0
Saldo der Handelsbilanz, Mio US-Dollar <sup>d</sup>	-154	-1.221	-3.606	-5.810	-4.391	-2.483	-2.300
Saldo der Leistungsbilanz, Mio. US-Dollar <sup>d</sup>	455,8	-786,8	-1.369,1	-4.292,2	-3.155,8	-1.052	-500
Saldo der Leistungsbilanz, in vH des BIP	0,4	-2,0	-2,7	-7,6	-6,2	-2,1	-1,0
Wechselkurs Krone je US-Dollar, Jahresdurchschnitt	29,15	28,78	26,55	27,15	31,71	32,03	
Industrieproduktion <sup>c</sup> , in vH gegenüber dem Vorjahr	-5,3	2,1	8,7	2,0	4,5	1,6	2,0
Nominallöhne in der Industrie, in vH gegenüber Vorjahr	25,3	18,5	18,5	18,4	10,5	9,3	5,0
Industrielle Arbeitsproduktivität, in vH gegenüber Vorjahr	-1,2	5,1	10,6	6,1	9,2	5,4	
Verbraucherpreise, in vH gegenüber dem Vorjahr, Jahresdurchschnitt	20,8	10,0	9,1	8,8	8,5	10,7	5,0
M2, in vH gegenüber dem Vorjahr <sup>e</sup>	20,3	20,8	16,3	9,2	10,1	6,6	5,0
Diskontsatz (Nationalbank) <sup>c</sup>	8,0	8,5	9,5	10,5	13,0	7,5	6,0

<sup>a</sup> Z.T. vorläufige Ergebnisse. – <sup>b</sup> Prognose. – <sup>c</sup> Reale Größen. – <sup>d</sup> Laufende Preise, jahresdurchschnittlicher Wechselkurs. – <sup>e</sup> Ende der Periode.

Quellen: Nationales Statistisches Amt der Tschechischen Republik; Tschechische Nationalbank; Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), verschiedene Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

### **Privatisierung ohne Restrukturierung**

Die tschechische Privatisierungsstrategie wurde konzipiert, um einen schnellstmöglichen Transfer der Staatsbetriebe in private Hände zu ermöglichen. Damit einhergehende Nachteile, wie die starke Streuung der Anteile und somit nur geringe Anreize der einzelnen Anteilseigner, Kontrollfunktio-

nen in den Unternehmen auszuüben,<sup>2</sup> sollten über neu geschaffene Investitionsfonds abgemildert

<sup>2</sup> Vgl. KORNAI, J.: The Road to a Free Economy: Shifting from a Socialist System. W.W. Norton and Company, 1990, S. 91, sowie VICKERS, J. und YARROW, G.: Privatization: An Economic Analysis. MIT Press. Cambridge, Mass. 1988, S. 11 ff.

werden. Diese haben jedoch nur selten in die Unternehmensleitung eingegriffen, so daß eine Vielzahl von Unternehmen keiner effektiven Kontrolle unterlag. Belastend wirkte zudem, daß die Voucherprivatisierung weder für den Staat noch für die Unternehmen Erlöse generierte. Mangelnde finanzielle Mittel erschwerten des weiteren die Durchführung von Restrukturierungsmaßnahmen.<sup>3</sup>

Verzögerungen bei der Einführung einer harten Budgetrestriktion reduzierten zusätzlich den Druck, Restrukturierungsaktivitäten durchzuführen. Ein Indikator für die Härte der Budgetrestriktion ist die Insolvenzentwicklung in einer Volkswirtschaft. Eine hohe Zahl von Konkursen spiegelt *ceteris paribus* eine höhere Restrukturierungstätigkeit wider, während eine geringe Anzahl auf fehlenden politischen Willen hindeutet, Unternehmensschließungen und den damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu akzeptieren.<sup>4</sup> Die tschechische Praxis ist bislang eher als „konkursfeindlich“ einzuschätzen, da die Anreize, ein Verfahren zu eröffnen, gering sind. So rangiert die Befriedigung der Schulden der Gläubiger hinter den Ansprüchen der Arbeitnehmer und des Staates.<sup>5</sup> Zudem existieren erhebliche Kapazitätsengpässe im Bereich der Judikative, die sowohl zu langwierigen als auch zu einer geringen Anzahl abgeschlossener Konkursverfahren führten. Beide Tatbestände leisteten einer passiven Haltung der Gläubiger starken Vorschub. Dies schlägt sich in einer im internationalen Vergleich niedrigen Insolvenzquote nieder, die 1997 lediglich 19,8 vH betrug.<sup>6</sup>

Im Gegensatz zu Polen oder Ungarn wurde bis zu dem Ausbruch der Währungskrise auch die Transformation des Bankensektors nur halbherzig betrieben. So wurde die Privatisierung der vier, den inländischen Markt dominierenden Kreditinstitute verschleppt.<sup>7</sup> Da aber Investitionsfonds dieser Banken erhebliche Anteile an Unternehmen im Rahmen der Voucherprivatisierung erworben hatten, entstand so ein höchst intransparentes Eigentums-

<sup>3</sup> Vgl. OECD Trends and Policies in Privatization: Performance of Privatized Enterprises: Corporate Governance, Restructuring and Profitability. Vol. 3 Nr.1. Paris 1996, S. 21 f.

<sup>4</sup> Vgl. LINNE, T.: Insolvenzrecht in Mittel- und Osteuropa: eine ökonomische Einschätzung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/1999, S. 3.

<sup>5</sup> Vgl. BRÜGGEMANN, A., a. a. O., S. 66 f.

<sup>6</sup> Die Insolvenzquote gibt das Verhältnis liquidierten Unternehmen zur Anzahl aller Unternehmen an (pro 10.000). Vgl. LINNE, T., a. a. O., S. 4.

<sup>7</sup> 1997 vereinigten diese vier Banken noch 63 vH der Gesamtkтива auf sich.

geflecht der tschechischen Wirtschaft, das die Fortführung einer Politik der weichen Budgetrestriktion begünstigte. Die hiermit einhergehende Problematik der notleidenden Kredite beeinträchtigte unmittelbar die Entwicklung des Bankensektors und seine Fähigkeit, eine effiziente Allokation der Ressourcen zu gewährleisten. Letztlich resultierte dies in einer nur geringen Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens- und Bankensektors, was den Ausbruch der Währungskrise begünstigte.

### **Negative Einflüsse der Währungs- und Einkommenspolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit**

Zu Beginn der Transformation in der damaligen Tschechoslowakischen Föderativen Republik entschied sich die Regierung, einen fixen Wechselkurs als nominalen Anker ihrer Stabilisierungspolitik zu verwenden. In der Folge führte dies bei einer anhaltenden Inflation oberhalb derjenigen der Haupthandelspartner zu einer deutlichen realen Aufwertung der heimischen Währung.

Die reale Aufwertung einer Währung muß nicht zwangsläufig ein Zeichen einer verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit sein. Die ungünstige Kostenentwicklung kann zumindest teilweise durch Produktivitätssteigerungen ausgeglichen werden, wie sie auch seit 1994 in der Tschechischen Republik zu beobachten waren. Allerdings wurde die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Industriebetriebe durch hohe Lohnabschlüsse in Mitleidenschaft gezogen. Der Anstieg der Lohnkosten überstieg die Produktivitätssteigerungen und die Lohnstückkosten stiegen stärker als im Ausland (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2:  
Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie 1993 bis 1998  
- Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH (bis auf reale Wechselkurse) -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Realer Wechselkurs auf Basis von Verbraucherpreisen <sup>a</sup> , 1992=100	85,9	80,7	78,5	71,4	67,8	62,0
Produktivität	-1,2	5,1	10,6	6,1	9,2	5,4
Nominallöhne	23,8	15,7	18,4	17,4	10,5	9,3
Lohnstückkosten	3,9	4,4	3,6	4,9	1,7	4,8
Realer Wechselkurs auf Lohnstückkostenbasis <sup>a</sup> , 1992=100	97,2	94,2	96,8	90,5	89,1	90,3

<sup>a</sup> Gegenüber der DM.

Quellen: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) (1998); Nationales Statistisches Amt der Tschechischen Republik (1996-1998); Berechnungen

Die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit spiegelte sich bis zum Ausbruch der Währungs-  
krise in den anwachsenden Ungleichgewichten in  
der Handels- und Leistungsbilanz wider. So ver-  
schlechterte sich der Saldo der Leistungsbilanz von  
einem leichten Überschuß im Jahre 1993 auf ein  
Defizit von 7,6 vH des BIP für das Jahr 1996. Ein  
verminderter Anstieg der Importnachfrage sowie  
eine günstige Exportentwicklung aufgrund einer  
kräftigeren westeuropäischen Konjunktur reduzier-  
ten die Ungleichgewichte in der Folge erheblich.

### **Rußland- und Asienkrise beeinträchtigen aktuelle wirtschaftliche Entwicklung**

Die Wettbewerbsfähigkeit – gemessen am rea-  
len Wechselkurs auf Lohnstückkostenbasis – ver-  
besserte sich 1998 nur unerheblich. Zusätzlich  
wirken externe Belastungen auf die Wirtschaft ein.  
Sowohl 1998 als auch 1999 gehen von den Krisen  
in Asien und in Rußland dämpfende Effekte auf  
die Exporttätigkeit der Tschechischen Republik aus.

Die direkten Handelseffekte, d. h. eine verrin-  
gerte Importnachfrage der asiatischen Länder und  
Rußlands, haben aufgrund der geringen Handels-  
beziehungen mit der Tschechischen Republik  
kaum Auswirkungen.<sup>8</sup>

Stärker auf die Exportentwicklung werden indi-  
rekte, sog. Drittmarkteffekte wirken. Zum einen  
erlebt Westeuropa nicht zuletzt in Folge der Krisen  
eine konjunkturelle Abschwächung. Die Verlang-  
samung des BIP-Wachstums in Westeuropa von  
2,8 vH im Jahre 1998 auf voraussichtlich 1,8 vH in  
diesem Jahr wird die Nachfrage nach tschechi-  
schen Gütern dämpfen. Die wirtschaftliche Erho-  
lung im kommenden Jahr wird mit einer erwarteten  
Wachstumsrate von 2,6 vH die tschechische Ex-  
porttätigkeit allerdings wieder unterstützen.<sup>9</sup>

Zum anderen ergeben sich aus den realen Ab-  
wertungen der asiatischen Länder (durchschnittlich  
76 vH zwischen Juni 1997 und Dezember 1998)  
und Rußlands (90 vH) im Vergleich zur Tschechi-  
schen Krone Veränderungen der Wettbewerbspo-  
sition auf Exportmärkten, auf denen die Tschechi-  
sche Republik mit den asiatischen Ländern und  
Rußland im Wettbewerb steht.

<sup>8</sup> Betrachtet wurden die Länder, die von der Asienkrise am  
stärksten betroffen waren: Thailand, Indonesien, Süd-Ko-  
rea, Malaysia und die Philippinen.

<sup>9</sup> Vgl. DIW; HWWA; ifo; IWH; RWI: Die Lage der Welt-  
wirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999,  
in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/1999, S. 9.

Anhand eines Vergleiches von Einheitswerten  
(*unit values*) der Einfuhr in die EU<sup>10</sup> können die  
Auswirkungen des erhöhten Wettbewerbsdruckes  
quantifiziert werden. Hierbei wurden die Einfuhren  
aus der Tschechischen Republik, den südostasia-  
tische Ländern und Rußlands in die EU betrachtet.  
Für jede Ländergruppe wurden die Werte dieser  
Importe zu den dazugehörigen Mengen in Bezie-  
hung gesetzt, um die Einheitswerte für die jewei-  
ligen Gütergruppen zu ermitteln. Ähnliche Einheits-  
werte zwischen den Ländern spiegeln hierbei an-  
nahmegemäß vergleichbare Produktqualitäten und  
somit potentielle Konkurrenzbeziehungen wider.<sup>11</sup>  
Es wird unterstellt, daß ähnliche Produktqualitäten  
in einem Spektrum der Verhältnisse der Einheits-  
werte von 0,85 bis 1,15 existieren. Tabelle 3 zeigt  
in der ersten Spalte, in welchem Ausmaß Einfuh-  
ren tschechischer Güter in die EU in verschiedenen  
Warengruppen durch die Abwertungen betroffen  
sein können. In der zweiten Spalte wurden diese

Tabelle 3:  
Anteil der Einfuhren der EU aus Tschechien, die in  
einem engen Konkurrenzverhältnis zu Einfuhren  
aus Südostasien und Rußland stehen, im Jahr 1997

Warengruppen	in vH der Einfuhren der jeweiligen Warengruppe	in vH der gesamten Importe aus Tschechien
Mineral. Brennstoffe	9,2	0,3
Chemie/Pharmazie	34,3	2,8
Holz/Papier/Möbel	42,6	4,3
Textilerzeugnisse	23,9	2,1
Glas/Keramik	28,7	1,0
Unedle Metalle	24,6	3,3
Maschinenbau/Elektro- technik/Elektronik	19,7	4,7
Fahrzeuge	55,4	7,7
Gesamtanteil		26,2

<sup>a</sup> Anteil der Güter mit einem Verhältnis der Einheitswerte zwischen  
0,85 und 1,15.

Quellen: Eurostat, Internal and External Trade of the EU,  
98.12.01, auf CD-Rom; Berechnungen des IWH.

<sup>10</sup> 1997 exportierte die Tschechische Republik 59,9 vH ihrer  
Ausfuhren in die Europäische Union.

<sup>11</sup> Überblicke über die Methode finden sich in GREENAWAY,  
D. u. a.: Adjustment and the Measurement of Marginal Intra-  
Industry Trade. Weltwirtschaftliches Archiv, Band 130. Mohr.  
Tübingen 1994, S. 418-427 und in ROSATI, D.: Emerging  
Trade Patterns of Transition Countries: Some Observations  
from the Analysis of „Unit Values“. MOCT-MOST. Kluwer  
Academic Publishers. Dordrecht 1998, S. 51-67.

Anteile mit dem Anteil der Warengruppen an den Gesamtimporten der EU aus Tschechien gewichtet. Die Addition dieser Werte ergibt den potentiellen Umfang der Importe, der einem erhöhten Wettbewerbsdruck der asiatischen und russischen Anbieter ausgesetzt ist.

Sofern im Extremfall all diese Importe wegfielen, wären 1,9 vH des tschechischen BIP betroffen. Werden gleichgerichtete Veränderungen für die gesamten Exporte der Tschechischen Republik in den Rest der Welt unterstellt, würde sich dieser Wert auf 3,2 vH des BIP erhöhen. Diese Zahlen stellen den oberen Rand der Belastung dar. So ist nicht zu erwarten, daß tatsächlich alle Güter betroffen sein werden. Des weiteren werden sich die Auswirkungen aufgrund längerfristiger Anpassungsprozesse auf einen Zeitraum von einigen Jahren verteilen. Auch wird ein Teil der Anpassungslasten bereits 1998 wirksam gewesen sein.

#### ***Inländische Wirtschaftspolitik wirkt zwar stimulierend....***

Die tschechische Wirtschaftspolitik vermochte in den letzten anderthalb Jahren nur begrenzt die Ursachen der krisenhaften Entwicklungen zu beseitigen. Die Freigabe des Wechselkurses im Mai 1997 war ein erster Schritt hin zur Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Nachdem die Geld- und Fiskalpolitik bis weit in das letzte Jahr hinein eher restriktiv ausgerichtet war und zur Vertiefung der konjunkturellen Schwächephase beigetragen hat, wurde der Kurs der Wirtschaftspolitik im weiteren Verlauf von 1998 expansiver. So senkte die Notenbank ihre Zinssätze für kurzfristige Wertpapierpensionsgeschäfte seit Mitte des letzten Jahres um etwa die Hälfte, zuletzt auf 7,2 %. Zusätzlich verbesserte die Abwertung der Krone um mehr als 8 vH gegenüber dem Euro seit Beginn des Jahres 1999 die monetären und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Ein leicht erhöhtes Budgetdefizit wird die Erholung der Inlandsnachfrage im Verlauf des Jahres 1999 weiter begünstigen. Anlaß zur Sorge bereiten jedoch die hohen Lohnabschlüsse für 1999, die mit Steigerungsraten von 13-15 vH im öffentlichen Sektor und bislang 7-8 vH in der Privatwirtschaft deutlich über der zu erwartenden Inflationsrate liegen. Weitere Lohnabschlüsse in dieser Größenordnung würden sowohl retardierend auf die Wettbewerbsfähigkeit tschechischer Unternehmen wirken, als auch aufgrund möglicher inflationärer Impulse die Zentralbank veranlassen, wieder einen restriktiveren geldpolitischen Kurs einzuschlagen.

#### ***...aber strukturelle Reformen bleiben notwendig***

Die schwerwiegendsten strukturellen Probleme resultieren aus der Symbiose zwischen den meist staatlich kontrollierten großen inländischen Banken und einem in weiten Teilen ungenügend restrukturierten Unternehmenssektor. Seit dem Ausbruch der Währungskrise ist die tschechische Wirtschaftspolitik bemüht gewesen, eine Entwicklung hin zu einem effizienten Finanzsystem und Unternehmenssektor voranzutreiben, insgesamt müssen diese Bemühungen jedoch noch intensiviert werden.

In dem Bereich der Finanzinstitutionen sind die Reformen relativ zügig vorangeschritten. So wurden im Frühjahr 1998 die staatlichen Anteile an einer der vier großen Banken an einen ausländischen Investor verkauft. Auch die Privatisierung einer zweiten Bank dieser Gruppe steht kurz vor dem Abschluß. Die Privatisierung der zwei verbleibenden und zugleich größten tschechischen Banken soll bis 2001 abgeschlossen sein. Hier scheint allerdings der hohe Bestand an notleidenden Krediten und somit ungelöste Fragen der Rekapitalisierung die Vorbereitung zu blockieren.<sup>12</sup> Ein schneller Verkauf an strategische Investoren ist notwendig, um eine weitere Verschlechterung der Finanzlage der Kreditinstitute zu verhindern, ihre Fähigkeiten zur Intermediation zu erhöhen und eine marktwirtschaftlich orientierte Bankenkultur zu etablieren.

Die Privatisierungsanstrengungen wurden begleitet durch eine zweistufige Novellierung des Bankengesetzes. Das Ziel war, die enge Beziehung zwischen Banken und Nichtbanken sowie die sich hieraus ergebenden Interessenskonflikten zu regulieren. Hierbei wurde u. a. den Banken verboten, die mehrheitliche Kontrolle über ein Unternehmen zu erwerben. Zudem wurde die Trennung des Investmentbereichs vom kommerziellen Bankgeschäft verordnet, um Insiderhandel zu unterbinden.<sup>13</sup> Des weiteren wurden verschiedene Regelungen in Kraft gesetzt, die über eine Erhöhung der Transparenz das Vertrauen in den Bankensektor

---

<sup>12</sup> Im Vorfeld der Privatisierung einer dieser Banken, der tschechischen Sparkassen, sollen notleidende Kredite in nominaler Höhe von 310 Mio. US-Dollar rekapitalisiert werden und zudem Kredite in Höhe von ca. 470 Mio. US-Dollar, die vor 1989 vergeben wurden aus der Bilanz gestrichen werden. Die Art der Finanzierung ist hierbei noch ungeklärt. Central Europe Online, 4. Dezember 1998 sowie 20. April 1999.

<sup>13</sup> Vgl. ACT ON BANKS 21/1992 in der Fassung vom Act Nr. 16/1998 of the Collection of Laws.

stärken sollen, wie beispielsweise die Bestimmung, daß Aktionäre ihres Stimmrechtes enthoben werden können, sofern sie die ordnungsgemäße Führung einer Bank beeinträchtigen.<sup>14</sup> Dies soll auch verhindern, daß Aktionäre eine Kreditvergabe ohne Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit an ihnen nahestehende Unternehmen durchsetzen.

Ferner wurden im Bereich des Kapitalmarktes die Beziehungen zwischen Investitionsfonds und Unternehmen restriktiver reguliert sowie eine Wertpapierkommission zur Regulierung des Kapitalmarktes geschaffen. Da diese aber dem Finanzministerium unterstellt ist und auch nicht aus eigener Kraft Regulierungen oder Bußgelder verhängen kann, ist ihre Fähigkeit, als effektive Regulierungsbehörde zu wirken, beschränkt.

Die Reformanstrengungen im Unternehmenssektor sind noch nicht ausreichend. Obwohl das Konkursgesetz bereits im Januar 1998 novelliert wurde, ist bislang nur eine leichte Erhöhung der Zahl der eröffneten Konkursverfahren eingetreten. Bezeichnend ist, daß bislang keines der großen tschechischen Unternehmen durch ein Konkursverfahren liquidiert oder saniert worden ist. Ein Grund hierfür sind politische Differenzen, ob diese Unternehmen rekapitalisiert oder liquidiert werden sollen.<sup>15</sup>

Für eine unbestimmte Anzahl großer Industriebetriebe wurde im April diesen Jahres ein sog. Revitalisierungsprogramm verabschiedet. Der zur Verfügung stehende Finanzrahmen wird bislang mit 1,6 Mrd. Euro angegeben. Ziel ist es, zumindest partiell überlebensfähige große Arbeitgeber, die bei den staatlichen Banken hoch verschuldet sind, zu rekapitalisieren, zu restrukturieren und sie nachfolgend an strategische Investoren zu veräußern. Die zu partizipierenden Unternehmen werden von Seiten der Regierung festgelegt, die zusammen mit einer noch auszuwählenden Bank auch die Kontrolle über die mit der Restrukturierung beauftragte Institution ausübt. Der beträchtliche staatliche Einfluß birgt die Gefahr, daß wie bisher insolvente Unternehmen durch staatliche Hilfe vor dem Konkurs geschützt werden.

Das Revitalisierungsprogramm betrifft jedoch nur einen kleinen Teil der von finanziellen Problemen betroffenen tschechischen Unternehmen. Um ein marktgerechtes Umfeld für die verbleibenden Unternehmen und den Finanzsektor herzustellen, ist sowohl eine Veränderung der Konkursgesetzgebung notwendig, um die Verfahren zu beschleunigen und die Gläubigerpassivität zu mindern, als auch eine Verbesserung des administrativen Umfeldes. So ist die Judikative stark unterbesetzt und bislang nicht in der Lage, die vergleichsweise geringe Zahl von Konkursverfahren zügig zu bearbeiten. In der Zulassung außergerichtlicher Vergleiche bestünde eine Möglichkeit, diesen Engpaß abzubauen.<sup>16</sup>

Die Währungskrise von 1997 hat die Tschechische Republik veranlaßt, wesentliche Reformen im Bereich des Banken- und des Unternehmenssektors in Angriff zu nehmen. Diese stecken aber teilweise aufgrund fehlender politischer Entschlossenheit noch in ihren Anfängen. Selbst im günstigen Falle einer nunmehrigen konsequenten Umsetzung werden sich die positiven Effekte erst in einigen Jahren voll auswirken. Eine Rückkehr zu den recht hohen Wachstumsraten von Mitte der neunziger Jahre ist bis dahin wenig wahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund ist es zweifelhaft, ob tschechische Unternehmen in der Lage wären, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten. Berücksichtigt man ferner die noch erheblichen Anpassungslasten, die sich durch die Übernahme des EU-Gemeinschaftsrechts ergeben,<sup>17</sup> erscheint ein angestrebter EU-Beitritt – bei allen bisher erzielten Fortschritten – innerhalb der nächsten Jahre als überhastet und nicht geeignet, die hohen Erwartungen, die mit einem EU-Beitritt verbunden sind, zu erfüllen.

*Axel Brüggemann*  
(*bgn@iw.h.uni-halle.de*)

---

<sup>14</sup> Vgl. ACT ON BANKS 21/1992 in der Fassung vom Act Nr. 165/1998 of the Collection of Laws.

<sup>15</sup> Ein gutes Beispiel ist Chemapol. Obwohl gegen das größte chemische Konglomerat der Tschechischen Republik im Januar 1999 ein Konkursverfahren eröffnet wurde, gilt es bis heute als möglicher Kandidat einer Rekapitalisierung. Vgl. BUSINESS CENTRAL EUROPE, März 1999, S. 19 und PRAGUE BUSINESS JOURNAL ONLINE; 20. April 1999.

---

<sup>16</sup> Vgl. KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN UNION; Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt, 1998, S. 19.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu GABRISCH, H.: Osterweiterung der EU: Mehr Realismus notwendig, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1998, S. 3-10.